

Ein Rahmenkonzept für den Frieden in der Ukraine

Ein Rahmenkonzept für den Frieden in der Ukraine

21. Oktober 2026

Jeffrey Sachs

28 Kommentare

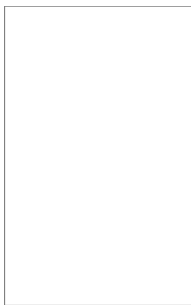
Quelle: [overtton-magazin.de](https://www.overtton-magazin.de)

Public domain, via Wikimedia Commons

Dieser vorgeschlagene Friedensplan - der dazu beitragen soll, einen Konflikt zu beenden, der bereits Hunderttausende Menschenleben gekostet hat und weiterhin das Risiko einer Konfrontation birgt - geht auf die Ursachen des Krieges ein und beschränkt sich nicht nur auf dessen Symptome.

Der Krieg in [der Ukraine](#) kann dauerhaft beendet werden – unter Bedingungen, die die Staatlichkeit der Ukraine schützen, den Sicherheitsbedenken Russlands Rechnung tragen und den Grundstein für eine dauerhafte europäische Sicherheitsordnung legen. Während sich in Norwegen eine weitere Verhandlungsrunde anbahnt, schlage ich eine Einigung vor, die als Gesamtpaket abgeschlossen, von der Ukraine und Russland unterzeichnet und durch eine Abstimmung des Sicherheitsrats der [Vereinten](#) Nationen gemäß Kapitel VII der Charta verabschiedet wird. Sie wird gemeinsam von den fünf ständigen Mitgliedern des Rates sowie weiteren Staaten, die sich dem anschließen möchten, garantiert. Der Vorschlag basiert auf dem Prinzip der unteilbaren Sicherheit, das in der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris festgelegt ist.

Das Paket würde vier zentrale Verpflichtungen umfassen



Das neue Buch von Jeffrey Sachs ist erschienen!

Die erste ist die dauerhafte Neutralität der Ukraine, die in einem Verfassungsgesetz nach dem Vorbild des österreichischen Gesetzes von 1955 verankert würde, wodurch die Ukraine zu der ursprünglichen Entscheidung ihrer Erklärung zur staatlichen Souveränität von 1990 zurückführen würde. Die Ukraine würde keinem Militärbündnis beitreten und keine ausländischen Stützpunkte oder Streitkräfte beherbergen, weder der [NATO](#), der [Europäischen Union](#), deren Mitgliedstaaten noch Russlands. Neutralität würde keine Abrüstung bedeuten, und die Ukraine würde Streitkräfte zur eigenen Verteidigung unterhalten.

Zweitens würde die Ukraine ihre Kandidatur für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union als dauerhaft neutraler Staat verfolgen, mit einem Neutralitätsprotokoll in ihrem Beitrittsvertrag nach dem Vorbild Irlands, und Russland würde bekräftigen, dass die Mitgliedschaft der Ukraine in der EU mit der Sicherheit Russlands vereinbar ist.

Der dritte Vorschlag sieht eine Waffenstillstandslinie vor, die entlang der Kontaktlinie zum Zeitpunkt der Unterzeichnung gezogen wird. Jede Seite würde auf ihrer Seite der Linie de facto die Hoheitsgewalt ausüben, keine Seite würde die territorialen Ansprüche der anderen anerkennen und beide

Seiten würden bei künftigen Anpassungen auf die Anwendung von Gewalt verzichten. Diese Formel ist mit den Verfassungen beider Länder vereinbar, die die Abtretung von Territorium verbieten oder stark einschränken.

Die vierte Option ist das Ende der NATO-Osterweiterung. Bei der Unterzeichnung würde der Nordatlantikrat erklären, dass die NATO weder die Ukraine noch andere neue Mitglieder in Osteuropa oder im Südkaukasus aufnehmen wird, womit die Bukarester Zusage aus dem Jahr 2008 zurückgenommen würde

Die Einigung würde mit der Unterzeichnung als dauerhaftes Ende der Feindseligkeiten in Kraft treten, nicht als vorübergehender Waffenstillstand, und ihre Bestimmungen würden schrittweise unter internationaler Überwachung umgesetzt. Kein Element würde isoliert verhandelt, und keine Partei würde aufgefordert, vor der Unterzeichnung Zugeständnisse zu machen.

Die territorialen Regelungen sind darauf ausgelegt, den Bedenken und Ansprüchen beider Seiten Rechnung zu tragen. Die ukrainischen Streitkräfte würden sich aus dem Teil der Region Donezk zurückziehen, den die Ukraine derzeit kontrolliert; dieser würde zu einer entmilitarisierten Sonderzone werden. Russische Streitkräfte würden diese Zone nicht betreten, die bestehende lokale Zivilverwaltung würde weiter funktionieren, und ihr endgültiger Status bliebe Gegenstand von Verhandlungen. Russland würde sich aus den von ihm gehaltenen Gebieten in der Region Dnipropetrowsk sowie von der Kinburn-Nehrung zurückziehen. Eine nördliche Sicherheitszone würde auf beiden Seiten der russisch-ukrainischen Grenze entmilitarisiert, und russische Streitkräfte würden die von ihnen gehaltenen Gebiete in den Regionen Charkiw und Sumy verlassen, während sich die ukrainischen Streitkräfte von ihrer Seite zurückziehen. Das Kernkraftwerk [Saporischschja](#) würde unter russischer Kontrolle und unter der Sicherheitsaufsicht der IAEA verbleiben und einen vereinbarten Anteil seines Stroms zum Selbstkostenpreis an die Ukraine verkaufen.

Diese vorgeschlagene Einigung geht auf die Ursachen des Krieges ein

Entlang beider Seiten der Waffenstillstandslinie würde ein entmilitarisierte Gürtel verlaufen, wobei schwere Waffen und Langstreckenwaffensysteme auf vereinbarte Entfernungen zurückgezogen würden und in den Grenzregionen auf beiden Seiten gegenseitige Obergrenzen für die Truppenstärke gelten würden. Im Schwarzen Meer und im Asowschen Meer wäre die Handelsschifffahrt für alle ukrainischen und russischen Häfen frei, und Angriffe auf Schiffe und Häfen wären verboten.

Die Beilegung des Konflikts in der Ukraine sollte auch den Beginn der Wiederherstellung der europäischen Sicherheit insgesamt markieren. Die NATO und Russland würden sich auf ein Moratorium für bodengestützte Mittelstreckenraketen in Europa einigen, auf die Stationierung [von Atomwaffen](#) in weiteren Staaten verzichten und den NATO-Russland-Rat wiederbeleben. Auf beiden Seiten würden normale diplomatische Beziehungen wiederhergestellt. Die Parteien würden den ersten Gipfel der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa seit 2010 einberufen, um die OSZE mit der Überwachung der Einigung, der Überprüfung der

Rüstungsbegrenzungen und der Überwachung der Menschenrechtsbestimmungen zu beauftragen.

Fragen der Sprache, Bildung, Kultur und [Religion](#) würden nach europäischen Standards gelöst, wobei die russische Sprache genauso behandelt würde wie die anderen Minderheitensprachen der Ukraine, und Russland würde dieselben Verpflichtungen gegenüber ukrainischsprachigen Personen und Religionsgemeinschaften auf seiner Seite der Grenze übernehmen. Alle Verpflichtungen in Bezug auf [Extremismus](#) und Aufwiegelung wären gegenseitig und würden von der OSZE überwacht. Kriegsgefangene würden nach dem Prinzip „alle gegen alle“ ausgetauscht, inhaftierte Zivilisten freigelassen und von ihren Familien getrennte [Kinder](#) wieder mit ihren Familien vereint.

[Die Sanktionen](#) würden im Laufe des Jahres 2027 aufgehoben. Russlands eingefrorene Staatsvermögen würden ebenfalls freigegeben, und beschlagnahmtes oder eingefrorenes Privateigentum auf beiden Seiten würde zurückgegeben. Ein von der Europäischen Investitionsbank verwalteter internationaler Wiederaufbaufonds würde den Wiederaufbau auf beiden Seiten der Grenze finanzieren, wobei die Beiträge aller Parteien, einschließlich Russlands, im Rahmen einer gemeinsamen Anstrengung und nicht als Reparationszahlungen erfolgen würden. Der Gastransit durch die Ukraine könnte überall dort wieder aufgenommen werden, wo es willige Abnehmer gibt, ohne dass die Europäische Union sich zum Kauf von russischem Gas verpflichten müsste.

Ein Bericht über einen schwerwiegenden Verstoß durch eine OSZE-Beobachtermision aus unbewaffneten Beobachtern von Staaten außerhalb der NATO würde Konsultationen unter den Garanten und eine Befassung des Sicherheitsrats auslösen. Die Ukraine würde den Ausnahmezustand aufheben und unter OSZE-Beobachtung Wahlen abhalten, und die neu gewählte Werchowna Rada würde die Einigung ratifizieren und das Verfassungsgesetz über die Neutralität verabschieden, während die russische Föderalversammlung es zum gleichen Zeitpunkt ratifizieren würde.

Diese vorgeschlagene Einigung geht auf die Ursachen des Krieges ein und beschränkt sich nicht nur auf dessen Symptome. Europa war bei der Ausgestaltung des Friedens weitgehend abwesend. Durch die Vorlage eines solchen Rahmens können die europäischen Regierungen eine führende Rolle beim Aufbau der unteilbaren Sicherheit Europas übernehmen und dazu beitragen, einen Krieg zu beenden, der Hunderttausende Menschenleben gekostet hat und weiterhin das Risiko einer Konfrontation zwischen Atommächten birgt.

Dieser Artikel erschien im englischen Original bereits [bei Common Dreams](#).

 **Jeffrey Sachs**, geboren 1954 in Detroit, Michigan, USA; ist ein renommierter Entwicklungsökonom und Leiter des Zentrums für nachhaltige Entwicklung an der Columbia University. Der breiten Öffentlichkeit wurde er als Direktor des UN-Millennium-Projekts zur globalen Armutsbekämpfung bekannt. Er hat weltweit Regierungen beraten, unter anderem in Lateinamerika oder im postkommunistischen Polen und Russland, wo er half, marktwirtschaftliche Reformen durchzuführen. Sachs ist Präsident

des UN Sustainable Development Solutions Network, Co-Vorsitzender des Council of Engineers for the Energy Transition, Akademiemitglied der Päpstlichen Akademie der Sozialwissenschaften im Vatikan und Kommissar der UN Broadband Commission for Development.
